



# HESSISCHER LANDTAG

21.01.2021  
HHA

## Änderungsantrag

Fraktion der CDU,  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Studie zur Aufarbeitung der Opfer der Euthanasie mit dem Schwerpunkt Zwischenanstalten von Hadamar**

Einzelplan 15 Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 1528 Information und Dokumentation  
Buchungskreis: 2930

Produktnummer lt. Leistungsplan 3

Bezeichnung lt. Leistungsplan Erschließung und Vermittlung hessischer Landeskunde

**Veränderung**

**von um auf**

**Leistungsplan:**

**Beträge in 1.000 EUR**

<b>Gesamtkosten</b>	958,2	+70,0	1.028,2
<b>Produktabgeltung</b>	941,2	+70,0	1.011,2

**Kameraler Haushalt:**

**Beträge in EUR**

<b>Titel</b>	<b>Zweckbestimmung</b>	<b>von</b>	<b>um</b>	<b>auf</b>
538	sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	1.982.900	+70.000	2.052.900

**Kameraler Haushaltsabschluss:**

**Beträge in EUR**

<b>Hauptgruppe</b>	<b>von</b>	<b>um</b>	<b>auf</b>
<b>HG 5</b>	8.626.800	+70.000	8.696.800
<b>Kameraler Zuschuss/Überschuss</b>	-17.805.000	-70.000	-17.875.000

**Der Wirtschaftsplan und der kameraler Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

### Begründung des Änderungsantrags:

Die Beauftragung einer Studie zur wissenschaftlichen Aufarbeitung zu den Opfern der sogenannten Euthanasie an den T 4-Zwischenanstalten Idstein, Eltville Idstein, Eltville, Weilmünster und Herboren und möglicher anderer, sowie deren Bedeutung für die nachfolgende Phase der „dezentralen“ Euthanasie in Hessen von 1942 bis 1945. Die Studie wird publiziert. Ebenso sollen die Inhalte und Ergebnisse der Studie auch digital zur Verfügung gestellt werden. Die Studie soll ausgeschrieben und durch ein wissenschaftliches Expertengremium unter Hinzuziehung des Landeswohlfahrtsverbands erstellt werden. Aus organisatorischen Gründen konnte die Studie im Haushaltsjahr 2020 bei der Landeszentrale für politische Bildung nicht umgesetzt werden. Daher soll die Aufarbeitung dieses wichtigen Aspekts der Gewaltherrschaft des NS-Regimes nun beim Landesamt für geschichtliche Landeskunde angesiedelt werden. Das Landesamt für geschichtliche

Landeskunde ist die zentrale Einrichtung für die Erforschung und Vermittlung der Geschichte Hessens und bietet mit seinem landesgeschichtlichen Informationssystem LAGIS eine flexible Online-Plattform, über die Forschungsergebnisse gebündelt, jederzeit ergänzt und miteinander verknüpft der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden können. Da die Projektdauer zwei Jahre betragen soll, ist eine Aufteilung der vorgesehenen Gesamtsumme von 250.000 Euro auf zwei Jahre, bzw. auf drei Haushaltsjahre, vorgesehen. Die Verteilung ist dabei wie folgt vorzunehmen: 70.000 Euro im Haushalt 2021, 100.000 Euro im Haushalt 2022 und 80.000 Euro im Haushalt 2023. Zur Umsetzung der wissenschaftlichen Studie müssen daher im Haushaltsjahr 2022 weitere 100.000 Euro und im Haushaltsjahr 2023 weitere 80.000 Euro zur Verfügung gestellt werden

Wiesbaden, 21. Januar 2021

Für die Fraktion  
der CDU  
Die Fraktionsvorsitzende:

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Ines Claus**

**Mathias Wagner (Taunus)**